

DEUTSCHE WIRTSCHAFT

Die konjunkturelle Lage im Frühjahr 1958

Dieses Jahr wird von Ungewißheiten beherrscht. Wenn es auch keineswegs angebracht ist, in einen Konjunkturpessimismus zu verfallen, so läßt sich doch nicht bestreiten, daß die Zukunft einige ungünstige *Möglichkeiten* birgt. Es hängt wesentlich von den konjunkturpolitischen Entscheidungen der Regierung ab, ob daraus eines Tages bedrohliche *Tatsachen* werden.

Die Hohe Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl hat kürzlich darauf hingewiesen, daß sich die Expansion in ganz Westeuropa verlangsamt. Mit Ausnahme von Belgien und Luxemburg könne jedoch nicht von einer Rezession gesprochen werden. Das Hamburger Weltwirtschafts-Archiv rechnet damit, daß Europa in den nächsten Monaten noch einen, allerdings geringeren, Zuwachs der Industrieproduktion erzielt.

Die offiziellen Erklärungen, insbesondere die Monatsberichte des Bundeswirtschaftsministeriums, lassen das Bestreben erkennen, an einem wirtschaftlichen Optimismus festzuhalten, ohne die weniger erfreulichen Realitäten zu vertuschen. Man darf sich keiner Täuschung darüber hingeben, daß das deutsche Sozialprodukt künftig nicht mehr stärker als um 3 bis 4 vH, jährlich wächst. Das entspricht normalen Verhältnissen. Die Nachkriegskonjunktur mit Sozialproduktsteigerungen bis zu 14 vH war eine einmalige Angelegenheit. Ein Wachstum von 3 vH jährlich bietet durchaus die Gewähr für eine weitere gesunde Entwicklung. Unter längerfristigen Gesichtspunkten sind Besorgnisse also überflüssig.

Dieser langfristig günstige Lauf der Dinge ändert aber nichts daran, daß jetzt über der deutschen Wirtschaft Gewitterwolken aufgezogen sind. Die Rezession in den Vereinigten Staaten und die anhaltende Preisbaisse auf den Weltrohstoffmärkten tragen auch in unser Land Unruhe.

Der Rückgang der Rohstoffpreise vermindert die Deviseneinnahmen der Rohstoffländer. Dadurch verringert sich deren Zahlungsfähigkeit und dementsprechend auch die Aufnahmefähigkeit für Exportwaren aus den industrialisierten Ländern, einschließlich der Bundesrepublik. Der Ausfall an Exporteinnahmen durch die Preisrückgänge ist für die Entwicklungsländer auf eine Größenordnung von maximal 700 bis 750 Mill. Dollar zu beziffern. Zu diesem Ergebnis kommt eine Berechnung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW). Die Wirkung auf die Rohstoffländer werde dadurch besonders

unterstrichen, daß dort bei einem Handelsbilanz-Defizit von rund 1,5 Md. Dollar bereits 1956 Devisenschwierigkeiten vorlagen, die sich nun verschärft haben. Fast zwei Drittel der gesamten Einnahmeausfälle, nämlich rund 450 Mill. Dollar, sind erst im dritten und vierten Quartal des letzten Jahres entstanden. „Bei der derzeitigen Situation ist aber für die nächsten Monate nicht mit einer durchgreifenden Erholung der Rohstoffpreise und einem Ausgleich der Einnahmeausfälle für die Entwicklungsländer zu rechnen.“

Die Bundesrepublik wickelt zwar zwei Drittel ihres Außenhandels mit den Industrieländern Europas ab. Zahlreiche Wirtschafts- und Konjunkturbeobachter haben aber zu bedenken gegeben, daß die nachlassende Zahlungsfähigkeit der Rohstoffgebiete dazu führt, daß die Industrieländer, in die wir exportieren, in den ihnen zugeordneten Agrar- und Rohstoffgebenden Absatzmärkte verlieren. Sie können dann auch unsere Waren nicht mehr in dem bisherigen Maße aufnehmen.

Die Konsequenz ist eine Verschärfung des Wettbewerbs auf den Weltmärkten. Das zeigt sich nicht zuletzt in neuen staatlichen Exportförderungen, z. B. in Frankreich, das seinen Exportbonus um durchschnittlich 5 vH erhöht hat. Den Mehrbonus werden die Exporteure, so fürchtet man, fast ausschließlich einsetzen, um ihre Exportwerbung in der Bundesrepublik zu erhöhen. Auch die USA, die damit rechnen, daß ihr Export 1958 in Grenzen bleibt, bereiten ein Ausfuhrförderungsprogramm vor, das sich in erster Linie gegen Europa richten dürfte. (Der Exportrückgang in den USA betrug im Februar 18 vH gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahrs.) Holland schränkt seine Importe ein und intensiviert seine Warenexporte nach der Bundesrepublik. Auch Italien will Importrestriktionen vornehmen, um einem Konjunkturrückschlag zu begegnen.

Die Situation wird verschärft durch den anhaltenden Rückgang der amerikanischen Wirtschaftstätigkeit. Die USA stehen mit einem Anteil von 17 vH an erster Stelle im Weltmarkt. Wirtschaftliche Schwierigkeiten in diesem Lande können also nicht ohne Wirkung auf die anderen Länder der westlichen Welt bleiben; je länger die Depression dauert, um so verheerender sind die Folgen. Die Arbeitslosigkeit ist in den USA unvermindert hoch. Die persönlichen Einkommen haben abgenommen, die Einzelhandelsumsätze gingen zurück. Da die Stimmung immer noch gedämpft ist, sind private Investoren und Konsumenten in ihren Ausgabenplanungen nach wie vor zurückhaltend.

In seiner eben veröffentlichten Analyse der internationalen und der westdeutschen Konjunktur Mitte April 1958 bestätigt das DIW, daß sich die kontraktiven Kräfte in den Vereinigten Staaten weiter durchsetzen. Der im 4. Quartal 1957 einsetzende Lagerabbau schein

sich in den ersten Monaten dieses Jahres verstärkt fortgesetzt zu haben. Für 1958 sei eine Verringerung der Anlageinvestitionen von fast 15 vH gegenüber 1957 beabsichtigt. Mit einer positiven Revision dieser Pläne sei auch dann nicht zu rechnen, wenn sich der Absatz günstiger als erwartet gestalten sollte, da die meisten Wirtschaftszweige gegenwärtig über beträchtliche Kapazitätsreserven verfügen. Es sei auch sehr zweifelhaft, ob die jetzt durch zusätzliche Kredithilfe gegebenen Anregungen ausreichen werden, die erwünschte, als Initialzündung wirkende Belebung im Wohnungsbausektor herbeizuführen.

Der Generaldirektor des IWF, *Per Jacobson*, rechnet damit, daß die Rezession 12 bis 14 Monate dauert. Die amerikanische Regierung hat sich darauf verlassen, daß der Mechanismus der Marktwirtschaft die zurückgehende Aktivität von selbst wieder ausgleichen und die Konjunktur sich automatisch erholen würde. Deshalb hat sie lange gezögert, mit staatlichen Mitteln einzugreifen. Als sie sich dann dazu entschloß, geschah es widerwillig und unzureichend.

Es ist nicht gesagt, daß die amerikanischen Sorgen auch die unsrigen werden. Die konjunkturellen Daten in der Bundesrepublik sind viel günstiger als in den USA. Aber auch bei uns ist man viel zu sehr geneigt, sich dem freien Spiel der Kräfte anzuvertrauen und die aktive Konjunkturpolitik, die nur dann wirksam ist, wenn sie rechtzeitig einsetzt — also ehe die Abwärtsentwicklung beginnt — auf psychologische Tricks zu beschränken.

*

Im ersten Halbjahr 1957 stieg die deutsche Ausfuhr um 17 vH, im zweiten Halbjahr 1957 waren es 14 vH. In den beiden ersten Monaten des neuen Jahres wuchs sie um 8 vH. Wenn der tatsächliche Export auch immer noch hoch ist, so darf doch nicht übersehen werden, daß die Auftragseingänge der Tendenz nach rückläufig sind. Im Januar lagen die Bestellungen um 8 vH unter den Ergebnissen des entsprechenden Monats des Vorjahres. Im Februar war der Auftragseingang im Investitionsgüterbereich um 2 vH, bei den Verbrauchsgüterindustrien um 11 vH geringer als 1957. Auch das Verhältnis zwischen Auftragseingang und Umsatz hat sich nach Ausschaltung der saisonüblichen Veränderungen verschlechtert. Die Deutsche Bundesbank meldet in ihrem Märzbericht, daß der Bestelleingang im Januar die Auslieferung um rund 6 vH übertroffen hat, während es in den beiden Vorjahren 21 bzw. 25 vH waren. Eine solche Entwicklung, schreibt dazu die Dresdener Bank, sollte jedoch nicht überraschen, nachdem praktisch alle Länder der westlichen Welt einen restriktiven geld- und kreditpolitischen Kurs eingeschlagen haben. „Die nachlassende deutsche Exportkonjunktur kann geradezu als ein Beweis dafür gewertet werden,

daß diese Bremsen wirken und somit die inflationistischen Tendenzen im Ausland, die im wesentlichen die deutsche Exportkonjunktur getragen haben, eingedämmt werden.“

*

Angesichts dieser Schwäche der Auslandsmärkte ist es erforderlich, die Binnenkonjunktur anzukurbeln, um so einen Ausgleich für das nachlassende Exportgeschäft zu finden. Gesamtwirtschaftlich ist eine Verlagerung der konjunkturellen Stützen vom Ausland in das Inland gar nicht ungünstig zu beurteilen, weil damit die Voraussetzungen für eine ausgeglichenerere wirtschaftliche Struktur geschaffen werden können. Es hat jedoch bisher den Anschein, daß die Binnenkonjunktur nicht ausreicht, um den Exportausfall zu kompensieren, so daß wir weiter mit einer gedämpften Konjunktur zu rechnen haben. Man muß sich hüten, saisonale Erscheinungen mit konjunkturellen zu verwechseln. Jahreszeitlich bedingt wird die deutsche Wirtschaft in diesen Wochen einige Impulse erhalten. Das kalte Wetter hat die Frühjahrsbelebung verzögert. Es kann da und dort vorübergehend sogar zu einem ausgesprochen stürmischen Auftrieb kommen. Eine wesentliche Veränderung der flachen Konjunkturkurve wird dadurch aber kaum hervorgerufen.

Bei der Beantwortung der Frage, ob die gegenwärtige Güternachfrage ausreicht, um das erwünschte wirtschaftliche Wachstum zu garantieren, darf man sich, wie die Berliner Bank in einem ihrer Börsenbriefe schreibt, nicht von den anhaltend hohen Preisen beirren lassen und dann etwa auf eine entsprechend kräftige Nachfrage schließen. „Abgesehen davon, daß einige Preiserhöhungen jahreszeitlich bedingt sind — vor allem infolge höherer landwirtschaftlicher Erzeugerpreise — oder auf ‚autonomen‘ Preisheraufsetzungen (Frachtsätze, Kohlenpreise) beruhen, sind die Preise kein sicheres Symptom für die Beurteilung der konjunkturellen Lage. Denn heute ist das Preisniveau nicht mehr so beweglich wie noch vor zwei Jahrzehnten und reagiert auf Störungen im Wirtschaftsablauf — das hat die amerikanische Entwicklung deutlich gezeigt — erst mit einer gewissen zeitlichen Verspätung.“

*

Unsere Wirtschaft befindet sich in einem Stadium des Übergangs. Die Phase des stürmischen Neubaus nach dem Kriege mit überdimensionalen Zuwachsraten ist vorüber. Die Zeit der Beständigkeit hat begonnen. Man muß sich damit abfinden, daß der Kapazitätsausbau in der deutschen Wirtschaft im großen und ganzen abgeschlossen ist. Das bestätigen auch die meisten Geschäftsberichte der großen Aktiengesellschaften, die in diesen Wochen veröffentlicht werden. Schließlich kann man nicht alle zehn Jahre ein „Wirtschaftswunder“ produzieren. Die Investitionstätigkeit wird

sich künftig in ruhigerem Fahrwasser bewegen, als wir das bisher gewöhnt waren. Auch die Belegung, die jetzt zu spüren ist, wird nicht das Ausmaß früherer Jahre erreichen. Das hat natürlich Folgen für die Einkommensbildung und damit für die Ausweitung der Verbrauchsgüterindustrien. Das Schwergewicht der weiteren Entwicklung liegt auf Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen, die um so wichtiger werden, je geringer die Arbeitskraftreserven sind und je stärker die Arbeitszeitverkürzung vorangetrieben wird.

Das rheinischwestfälische Institut für Wirtschaftsforschung, Essen, erklärt in der neuesten Folge seiner Konjunkturberichte denn auch die wachsende Investitionsbereitschaft der Wirtschaft aus dem verstärkten Streben der Unternehmer, ihre Produktionsanlagen zu verbessern und Arbeitskräfte einzusparen. Zum Teil könne es sich hierbei jedoch auch um eine Korrektur der geringen Investitionstätigkeit in den Sommermonaten des vergangenen Jahres handeln. In den Absatz- und Ertrags-erwartungen der gewerblichen Wirtschaft, den entscheidenden Motiven der Investitionstätigkeit, sei bis jetzt nichts zu erkennen, was auf eine erheblich verstärkende Belegung der Investitionstätigkeit schließen lasse. Insbesondere dürften die dämpfenden Einflüsse, die von der Weltwirtschaft auf die Investitionsneigung der exportorientierten Wirtschaftszweige ausstrahlten, sehr zugenommen haben.

Im ganzen werden sich die Investitionsausgaben der Wirtschaft jedoch wohl so entwickeln, daß von dieser Seite ein schwacher, aber stetiger expansiver Impuls ausgeht. Die Bundesbank stellt den kontraktiven Tendenzen, die vom Weltmarkt und vom Lagerabbau herrühren, die derzeit günstige Entwicklung der Anlageinvestitionen gegenüber. „Wenn es auch wahrscheinlich zu weit ginge, von einer neuen Investitionskonjunktur zu sprechen, so ist doch unverkennbar, daß das Volumen der heimischen Anlageinvestitionen konjunkturell seit einigen Monaten wieder etwas stärker zunimmt als im ersten Teil des Jahres 1957.“ Symptome der günstigen Entwicklung seien vor allem der steigende Auftragseingang in den Investitionsgüterindustrien sowie der wachsende Umfang der Baugenehmigungen und der Hypothekenzusagen für den Wohnungsbau. „Solange die Investitionstätigkeit hoch bleibt oder gar wächst, ist Gewähr dafür gegeben, daß die durch den Lagerabbau ausgelösten Absatzschwierigkeiten und Produktionseinschränkungen eine vorübergehende Erscheinung bleiben, weil dann dem Rückgang des Auftragseingangs durch den steigenden oder doch wenigstens nicht sinkenden laufenden Bedarf erfahrungsgemäß relativ enge Grenzen gezogen sind.“

Bei der Intensität der generellen Abschwächung sei es zu bezweifeln, meint allerdings das DIW, daß die erhöhte Bestelltätigkeit des Inlandes innerhalb der Investitionsgütererzeugung

ausreichen wird, die allgemeine Verlangsamung aufzuhalten.

Im Gegensatz zu der erfreulichen Investitionstätigkeit haben wir in den Verbrauchsgüter- sowie den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien eine ausgesprochen ruhige Entwicklung. Die Notenbank schreibt in ihrem Monatsbericht für März, es sei das Bestreben weiter Teile der Wirtschaft, ihre Lagerbestände nicht nur nicht weiter wachsen zu lassen, sondern im Gegenteil zu vermindern. „Die Konjunkturentwicklung steht gegenwärtig geradezu im Zeichen der abwärtsgerichteten Phase eines ‚Lagerzyklus‘, der den Auftragseingang und zum Teil auch die Produktion augenblicklich unter das Niveau des laufenden Verbrauchs und der laufenden Anlageinvestition drückt, so wie er in der vorangegangenen Konjunkturphase offensichtlich in der entgegengesetzten Richtung gewirkt hatte.“ Der auffallend starke Rückgang des Auftragseingangs, den die Verbrauchsgüterindustrien während der letzten Monate zu verzeichnen hatten, würde sich zu einem erheblichen Teil aus dem Bemühen des Handels erklären, seine bis zum Sommer des vergangenen Jahres aufgebauten Lagerbestände zu reduzieren, während die Entwicklung des Verbrauchs der Tendenz nach weiter aufwärts gerichtet ist. Der Lagerzyklus ist auch in den Grundstoffindustrien zu erkennen. Die Lager sind in den vergangenen Jahren wegen der langen Lieferfristen für die verschiedensten Stahlsorten übermäßig stark bevorratet worden.

Die Auftragseingänge im Monat Februar lassen die gegensätzlichen Tendenzen in der Industrie wieder deutlich hervortreten. Im Investitionsgüterbereich lagen die Inlandsbestellungen um 11 vH über dem Vorjahrsstand. Die Nachfrage in den Verbrauchsgüterindustrien dagegen blieb um 16 vH hinter den Bestellungen im Februar 1957 zurück. Auch im Grundstoffbereich war die Nachfrage geringer als im Vorjahr.

Das Bundeswirtschaftsministerium macht für die rückläufigen Bestellungen bei Konsumgütern außer den hohen Lagerbeständen und der Auslandskonkurrenz vor allem die vermehrte Spartätigkeit der Bevölkerung und eine Verlagerung des Schwergewichts von den traditionellen Verbrauchsgütern auf die Investitionsgüter verantwortlich. Es würden mehr Güter des gehobenen Bedarfs gekauft. Das drücke sich darin aus, daß die Produktions- und Umsatzziffern bei Personenkraftwagen, elektrotechnischen Haushaltsgeräten, Kühlschränken und Fernsehapparaten beträchtlich über das Niveau des vergangenen Jahres hinausgehen.

Da alle zur Zeit wirksamen Bestimmungsfaktoren der gesamten Nachfrage auf Abschwächung tendieren, die Einkommensentwicklung sich dementsprechend weiter verlangsamt und die Sparquote aus dem persönlichen Einkommen unverändert hoch ist, fehlen alle

Anzeichen und Voraussetzungen für eine Nachfrageexpansion, zumal die Wirtschaftspolitik der immer noch anhaltenden Labilität der Preisentwicklung wegen zögert, sich mit allen verfügbaren Mitteln für ein starkes Wachstum der Gesamtproduktion einzusetzen. So noch einmal das Urteil des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in seinem Konjunkturbericht für April.

*

Die geld- und kreditwirtschaftliche Situation ist nach dem letzten Bericht der Bundesbank durch drei Erscheinungen charakterisiert: durch das Ende des starken Liquidisierungsprozesses, der bis zum Herbst des vergangenen Jahres mit den hohen Devisenzugängen verbunden war; durch eine nur noch geringfügige Ausdehnung der kurzfristigen Bankkredite bei gleichzeitig stärkerer, aber sich durchaus im Rahmen der Geldkapitalbildung haltenden Zunahme der hauptsächlich von den Realkreditinstituten sowie den Instituten des Sparkassensektors gewährten längerfristigen Kredits und schließlich durch eine beträchtliche Erhöhung der Wertpapieremissionen. Die Beendigung der Liquidisierungswelle kommt insbesondere in der steiferen Verfassung des Geldmarktes zum Ausdruck. Tagesgeld ist in den letzten Wochen auf der Basis des Diskontsatzes " gehandelt worden. Längerfristiges Geld ist erstaunlich billig. Darin fanden die Erwartungen der Banken hinsichtlich einer Senkung des Diskontsatzes ihren Niederschlag.

*

Was die Situation im Kohlenbergbau anbelangt, so ist dem zuzustimmen, was das Wirtschaftswissenschaftliche Institut der Gewerkschaften in seiner neuesten Konjunkturanalyse dazu schreibt. Der Leiter des Instituts, Prof. Gleitze, meint, eine bewegliche Wirtschaftspolitik müsse der anomalen Situation, die durch wachsende Haldenbestände bei gleichzeitig hohen Einfuhren gekennzeichnet ist, mit einer elastischen Importpolitik begegnen. Weil langfristige Lieferverträge schwerer zu revidieren sind als Arbeitsverträge, habe die gegenwärtige Marktlage im Ruhrbergbau Feierschichten erzwungen, die bei einzelnen Zechen den betroffenen Bergleuten bereits erhebliche Lohnverluste brachten. „Es ist eines der bequemsten Instrumente der Konjunkturpolitik, über einen flexiblen Arbeitsmarkt die Beschäftigung der verschlechterten Marktsituation anzupassen. Gerade im Bergbau aber scheint dieser Weg der am wenigsten geeignete zu sein. Wenn schon vertragliche Verpflichtungen ausländischer Lieferanten gegenüber nicht durch regulierende Absprachen eingeschränkt werden können, darf das nicht auf Kosten inländischer Arbeitsplätze gehen, sondern es müssen Wege einer verstärkten elastischen Lagerhaltung gesucht werden, und sie sollten sich finden lassen, auch wenn dahinter ein Finanzierungsproblem steht.“

304

Nach den Berechnungen der Industriegewerkschaft Bergbau liegen zur Zeit über fünf Millionen Tonnen Kohle und Koks auf den Halden. Rund 18 vH der Förderung werden laufend auf Lager genommen. Die Gewerkschaft rechnet damit, daß bis September die Haldenbestände acht Millionen Tonnen erreichen. Diese Schätzung werde auch von Sachverständigen des Ruhrbergbaus bestätigt. Die Fördereinschränkung im Steinkohlenbergbau hat bisher zu weit über 160 000 Feierschichten geführt.

Um die Vollbeschäftigung im Bergbau wieder zu erreichen, hat die Industriegewerkschaft Bergbau ein Fünfpunkteprogramm ausgearbeitet. Sie schlägt darin vor:

1. Einschränkung der Kohlenimporte aus „dritten Ländern“ auf eine Menge, die den Absatz der westdeutschen Tagesförderung ermöglicht, aber eine volle Bedarfsdeckung der deutschen Wirtschaft sichert.
2. Einschränkung langfristiger Importlizenzen, damit die Kohleneinfuhr nach Bedarf und Notwendigkeit kurzfristiger gesteuert werden kann.
3. Ausnutzung aller Lagermöglichkeiten.
4. Verstärkte Aus- und Vorrichtungsarbeiten unter Tage und Durchführung von Grundreparaturen an technischen Betriebseinrichtungen über Tage.
5. Fortführung der Investitionsprogramme zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit des Steinkohlenbergbaus mit Rücksicht auf die Konkurrenz und zur Verhinderung von Arbeitslosigkeit im Maschinen- und Eisenkonstruktionsbau und in den Bergbauzubringerbetrieben.

*

Zieht man das Fazit aus der Analyse unserer konjunkturellen Situation, so kommt man zu folgender Überlegung: Die deutsche Exportwirtschaft hat mit verschärfter Konkurrenz auf den Weltmärkten zu rechnen. Ihre Situation wird allerdings durch die erreichte Position gestützt. Die Inlandskonjunktur enthält Auftriebskräfte, die man fördern muß und auch kann. Die Gesamtkonjunktur wird ruhig bleiben. Zu Schwarzmalerei besteht noch kein Anlaß. Da die Unternehmen in Zukunft wohl ihre Selbstfinanzierung einschränken müssen, ist zu hoffen, daß der hektische Preisauftrieb nachläßt und die Betriebe sich auf die Mengenkonzunktur umstellen. Der Wohnungs- und der Straßenbau stellen viele Aufgaben. Die Post und die Bundesbahn haben noch Unsummen zu investieren. Der Schulbau und die Errichtung von Krankenhäusern bedürfen riesiger Aufwendungen. Das alles ist geeignet, die Furcht vor einer Krise zu bannen. Ob wir auf die Dauer allerdings ohne gezielte Maßnahmen der Bundesregierung auskommen, ist äußerst zweifelhaft. Das amerikanische Beispiel sollte zu denken geben. *Richard Becker*